

# IMK KOMMENTAR

---

Nr. 20 · April 2026 · Hans-Böckler-Stiftung

## EINKOMMENSTEUERSENKUNGEN: TEUER, MIT FRAGLICHER WIRKUNG UND AM PROBLEM VORBEI

Sebastian Dullien, Katja Rietzler

---

**Die Bundesregierung hat für das kommende Jahr eine große Einkommensteuerreform mit dem Ziel einer dauerhaften Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen angekündigt. Gesamtwirtschaftlich ist das problematisch. Angesichts der großen Herausforderungen in den öffentlichen Haushalten würde eine Steuersenkung das Risiko erhöhen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) für andere Zwecke als Investitionen genutzt werden. Zugleich zeigt die Entwicklung der Steuerbelastung der vergangenen Jahre, dass keine Notwendigkeit für eine Einkommensteuersenkung besteht. Als Wachstumsmotor eignen sich diese Pläne zudem nicht.**

Die Haushalte der Gebietskörperschaften stehen aktuell vor enormen Herausforderungen. Die Lücken in den kommunalen Haushalten und teilweise auch in denen der Länder sind jetzt schon dramatisch. Die verabschiedete Körper-

schaftsteuerreform mit stufenweiser Senkung des Steuersatzes wird die Lage ab 2028 deutlich verschärfen, wobei die Kommunen, die keinen direkten Anspruch auf das Körperschaftsteueraufkommen haben, über den kommunalen Finanzausgleich indirekt betroffen sind.

Auch der Bund kann sich aktuell keine weiteren Steuersenkungen leisten. Schon ohne solche Maßnahmen ist eine Haushaltslücke von insgesamt rund 130 Mrd. Euro in den Jahren 2027 bis 2029 absehbar, um die Schuldengrenzen des Grundgesetzes einzuhalten. Hinzu kommt, dass durch die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben ein Anstieg der Schuldenquote in Richtung 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts droht, wenn nicht noch weiter konsolidiert wird (Paetz et al. 2026). Hier rächt sich, dass Haushaltsspielräume für nebensächliche Maßnahmen wie eine Umsatzsteuersenkung auf Speisen in der Gastronomie, die Ausweitung der Mütterrente, die Ausweitung der Entfernungsg-

pauschale und die Senkung der Körperschaftsteuer geopfert wurden.

Die Haushaltslöcher gefährden dabei schon jetzt die Wirksamkeit des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz. 2025 hatten Bundestag und Bundesrat das Grundgesetz geändert und über 12 Jahre die Kreditaufnahme über 500 Mrd. Euro möglich gemacht, die in zusätzliche Investitionen und Ausgaben für Klimaschutz führen sollten. Derzeit zeichnet sich ab, dass bisher nur ein Teil dieser Mittel sich tatsächlich in höheren Investitionsausgaben des Bundes niedergeschlagen hat (Breuer et al. 2026).

Bei den Ländern und Kommunen, für die kein Zusätzlichkeitskriterium gilt, besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Zuweisungen aus dem SVIK in nicht-investitive Bereiche fließen und hier Finanzierungsengpässe mildern, statt Investitionen zu schaffen. Eine Einkommensteuersenkung würde zusätzliche Löcher in die Haushalte reißen und diese Tendenz verstärken.

Noch liegen keine Details der geplanten Steuerreform vor. Die Entlastung von 95 % aller Steuerzahlenden um mehrere 100 Euro jährlich - wie es Finanzminister Klingbeil unlängst vorschlug – dürfte je nach Ausgestaltung Milliarden an Mindereinnahmen verursachen. Aufgrund hoher Fallzahlen im unteren und mittleren Einkommensbereich lassen sich Mindereinnahmen durch Steuererhöhungen am oberen Ende der Einkommensverteilung nur zu einem kleinen Teil wieder hereinholen – erst recht, wenn man berücksichtigt, dass die Union einer Anhebung des Spitzensteuersatzes skeptisch gegenübersteht und diesen erst bei höheren Einkommen als heute einsetzen lassen möchte.

Zu beachten ist auch, dass hohe Einkommen überwiegend aus Gewerbebetrieb und selbständiger Tätigkeit resultieren. Angesichts der bereits verabschiedeten schrittweisen Körperschaftsteuersenkung ab 2028<sup>1</sup> und der damit zunehmenden Diskrepanz bei den Steuersätzen dürften längerfristig die Anreize für Personengesellschaften zunehmen, die seit 2021 bestehende Option der Besteuerung mit der Körperschaftsteuer in Anspruch zu nehmen. Das könnte das Einkommen aus einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes zusätzlich schmälern. Hier sieht man auch, dass es sinnvoll ist, das Steuersystem im Ganzen zu betrachten.

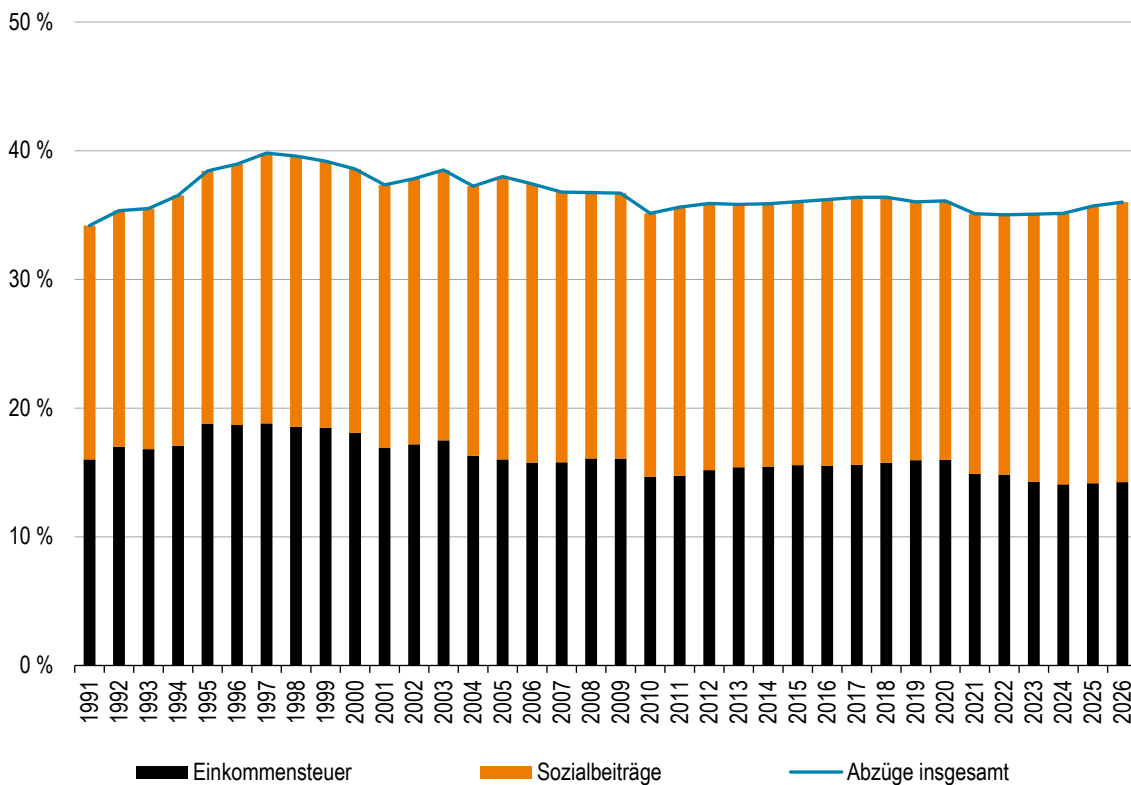
Ohnehin muss man sich fragen, ob eine Einkommensteuersenkung derzeit wirklich notwendig ist und hilft, das Ziel, „kleine und mittlere Einkommen“ zu entlasten zu erreichen. Während es bei der Einkommensbesteuerung durch jährliche Anpassungen zu einer Entlastung und zum Ausgleich der sogenannten kalten Progression gekommen ist, haben die kräftigen Beitragssatzanhebungen in der Kranken- und Pflegeversicherung in der jüngsten Vergangenheit unter dem Strich zu einer Mehrbelastung geführt. So zahlen Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung deutlich mehr an Sozialbeiträgen als an Einkommensteuer. Schreibt man die letzten verfügbaren Daten aus 2024 fort, so zahlt eine alleinstehende Person mit mittlerem Einkommen aktuell fast 1½-mal so viel an Sozialbeiträgen wie an Steuern.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung von Sozialbeiträgen und Einkommensteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) in Relation zum Bruttoeinkommen eines/r Vollzeiterwerbstatigen mit mittlerem

---

<sup>1</sup> Über 70 % dieser Maßnahmen kommen dem obersten Prozent der Einkommensverteilung zugute (Bach 2025).

Abbildung 1: Entwicklung von Sozialbeiträgen und Einkommensteuer eines/r Vollzeitwerbstätigen mit mittlerem Einkommen, in % des Bruttoeinkommens



Quelle: Berechnungen des IMK.

Hans Böckler  
Stiftung

Einkommen<sup>2</sup>. Während die Steuerbelastung im Trend abgenommen hat, zeigt sich bei den Sozialbeiträgen eine deutliche Aufwärtstendenz. Betrachtet man Steuern und Abgaben zusammen, so erkennt man einen leichten Anstieg der Belastung in den vergangenen beiden Jahren. In der Summe liegt die Belastung aber immer noch nicht höher als in den 2010er Jahren und spürbar niedriger als zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2010. Ein klarer Handlungsbedarf ist hier nicht erkennbar – auch, wenn die Steuer-

senkung im Koalitionsvertrag steht und nun für 2027 angekündigt wurde.

Die Hoffnung, mit Steuersenkungen das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, scheint unrealistisch. Zwar können für sich genommen Einkommensteuersenkungen insbesondere für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen den Privatkonsum stützen. Allerdings sind die gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoren solcher Steuersenkungen gering und die Wirkung verpufft, wenn andere Steuern zur Finanzierung erhöht werden, oder

<sup>2</sup> Da für den Zeitraum von 1991 bis 2026 nur für einen Teil der Jahre Daten zum gesamtwirtschaftlichen mittleren (Median) Bruttovollzeiteinkommen vorliegen, wurde hier als Näherung eine Zeitreihe auf Grundlage des durchschnittlichen Bruttostundenlohns berechnet. Unterstellt wurde eine konstante wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden über 52 Wochen im Jahr. Da der Durchschnitt durch hohe Löhne nach

oben verzerrt ist, wurden zwei Drittel des Durchschnitts zugrunde gelegt. Die so ermittelte Reihe basiert zwar nicht auf empirischen Daten, auf ihrer Grundlage lässt sich aber gut die Wirkung des im jeweiligen Jahr geltenden Rechts abbilden. Es gibt keine Verzerrungen durch Struktur- oder Arbeitszeitveränderungen.

verkehrt sich sogar ins Negative, wenn sie durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert werden (Gechert 2015, Gechert und Rannenberg 2018).<sup>3</sup>

Jüngst wurde eine Umsatzsteuererhöhung zur Finanzierung einer Senkung der Einkommensteuer diskutiert, was gerade den unteren Einkommensbereich relativ zum Einkommen stärker belastet. Damit würden Einkommensteuerentlastungen bei Haushalten zumindest zum Teil wieder zunichte gemacht, während Besserverdienende stärker profitieren könnten, weil sie einen geringeren Teil ihres Einkommens konsumieren und somit relativ zum Einkommen weniger mit der Umsatzsteuer belastet werden. Mit einer Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes könnte für niedrige Einkommen zwar gegengesteuert werden, dies kostet aber Aufkommen und beseitigt das Grundproblem nicht vollständig. Viele Haushalte und besonders Studierende und Menschen im Ruhestand würden durch solch eine Kombination netto belastet und dürften ihren Konsum einschränken, nicht ausweiten. In der Summe könnte eine Kombination aus Einkommensteuersenkung und Mehrwertsteuererhöhung so sogar zu einer Belastung für den Privatkonsum werden, auf dem derzeit Hoffnungen für die Konjunkturerholung liegen (Breuer et al. 2026).

Die deutsche Wirtschaft hat derzeit vor allem das Problem, dass aufgrund massiver geopolitischer Verschiebungen, einer protektionistischen Handelspolitik der USA, aggressiver Industriepolitik aus China der Export lahm und zugleich die energieintensive Industrie unter gestiegenen Rohöl- und Erdgaspreisen leidet (Bauermann et al. 2026). Einkommensteuersenkungen helfen hier wenig oder

sind zumindest eine teure und sehr wenig zielgenaue Art, die Wirtschaft in Gang zu bringen. Um die Wirtschaft hierzulande wieder in Fahrt zu bringen, sind Investitionen in Infrastruktur und Innovationen die wirkungsvolleren Instrumente. Das bedeutet, dass die Regierung beim Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität nachschärfen sollte, so dass tatsächlich ein möglichst großer Teil der Mittel sich auch in zusätzlichen öffentlichen Investitionen niederschlagen. Mit größeren Haushaltslöchern würde das schwieriger.

Auch Umschichtungen von wenig produktiven zu produktiveren Ausgaben können Teil eines Maßnahmenpakets sein. Mehr Effizienz könnte vor allem im Gesundheitswesen und bei den Verteidigungsausgaben helfen. Bei letzteren wäre eine Orientierung an Bedarfen und Fähigkeiten mit der Vorgabe, die Ziele mit dem geringstmöglichen finanziellen Aufwand zu erreichen, einem Prozentsatz in Relation zum BIP überlegen.

Aber auch dann ist nicht zu verleugnen: Mittelfristig führt kein Weg an Steuererhöhungen – vor allem zur Finanzierung der erhöhten Verteidigungsausgaben – vorbei. Diese sollten von allen Mitgliedern der Gesellschaft gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit getragen werden, wobei progressive Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen einen erheblichen Teil beisteuern sollten. Eine Einkommensteuersenkung jetzt ist angesichts dieser Rahmenbedingungen nicht kompatibel mit den Herausforderungen Deutschlands.

---

<sup>3</sup> Für den speziellen Fall von Unternehmenssteuern zeigen Gechert und Heimberger (2022) zudem, dass die Wachstumswirkungen einer Steuersenkung uneindeutig sind, und

die Hypothese einer Wirkungslosigkeit nicht abgelehnt werden kann.

## Literatur

**Bach, S. (2025):** Investitionsbooster: Signal für den Wirtschaftsstandort, aber soziale Schieflage und unsichere Wachstumswirkungen. Stellungnahme für die öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, 23. Juni 2025.

**Bauermann, T. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stein, U. / Stephan, S. / Tober, S. / Watzka, S. (2026):** Deutschlands industriellen Kern modernisieren und Wohlstand steigern - vertane Chance, Lichtblicke und erforderliche Weichenstellungen. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2026. IMK Report Nr. 199.

**Breuer, C. /; Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2026):** Iran-Krieg und Energiepreisschock gefährden wirtschaftliche Erholung - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027. IMK Report Nr. 200.

**Gechert, S. (2015):** What fiscal policy is most effective? A meta-regression analysis. *Oxford Economic Papers*, 67(3), 2015, 553–580.

**Gechert, S. / Heimberger, P. (2022):** Do corporate tax cuts boost economic growth? *European Economic Review* 147 (2022) 104157.

**Gechert, S. / Rannenberg, A. (2018):** Which Fiscal Multipliers are Regime Dependent? A Meta-Regression Analysis. *Journal of Economic Surveys* (2018) Vol. 32, No. 4, pp. 1160–1182.

**Paetz, C. / Rietzler, K. / Watzka, S. (2026):** Durch Bereichsausnahme Verteidigung könnte deutsche Schuldenquote auf über 90 % des BIP steigen. IMK Policy Brief Nr. 207.

## Autorenkontakt

**Prof. Dr. Sebastian Dullien**  
Wissenschaftlicher Direktor des IMK  
sebastian-dullien@boeckler.de

**Dr. Katja Rietzler**  
Referatsleitung Steuer- und Finanzpolitik  
katja-rietzler@boeckler.de

## Impressum



### Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf  
Telefon +49 211 7778-312  
imk-publikationen@boeckler.de

**Pressekontakt:** Rainer Jung  
Telefon +49 211 7778-150

Der IMK Kommentar ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über <https://www.imk-boeckler.de/de/imk-kommentar-29977.htm>

ISSN 2702-9786

Folgen Sie uns auf Twitter:  
<http://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook:  
<https://www.facebook.com/IMKInstitut>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (BY).

